

Stand: 23.05.2025 20:15:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4699

"Gesetzentwurf zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes - Entlastung der bayerischen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4699 vom 24.01.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 04.02.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6361 des UV vom 10.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6546 vom 06.05.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 06.05.2025



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Striedl, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Johannes Meier, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Matthias Vogler, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)**

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes – Entlastung der bayerischen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie

A) Problem

Durch die Einführung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes am 1. Januar 2021 ist den Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung des Freistaates Bayern, den Staatsministerien, der Staatskanzlei, staatlichen Erziehungs- und Bildungsträgern, den kommunalen Gebietskörperschaften, den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern und weiteren staatlichen Institutionen zusätzlicher bürokratischer Aufwand entstanden, der in keiner Weise durch einen im Verhältnis stehenden Nutzen gerechtfertigt ist.

B) Lösung

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Bürokratie, den Verwaltungsaufwand, die wirtschaftlichen Folgen für die Bürger und die Planungsunsicherheiten für die bayerische Wirtschaft, welche durch die Einführung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes entstanden sind, effektiv und unverzüglich abzubauen.

C) Alternativen

Keine im Sinne des Gesetzentwurfs

D) Kosten

Keine

Gesetzentwurf

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes

§ 1

Das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) vom 23. November 2020 (GVBl. S. 598, 656, BayRS 2129-5-1-U), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 704) geändert worden ist, wird aufgehoben.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

A) Allgemeiner Teil:

Die Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation „Evaluation der Kosten und des Nutzens von kommunalen, regionalen und nationalen Klimaschutzmaßnahmen“ vom 26. Juni 2023 (Drs. 18/29858) zeigt deutlich, dass die Kosten und der bürokratische Aufwand für unwirtschaftliche und wirkungslose sog. Klimaschutzmaßnahmen völlig aus dem Ruder laufen. Diese haben sich in den letzten sieben Jahren auf über 300 Mio. € mehr als verdoppelt, während der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand deutlich gestiegen ist.

In der besagten Drucksache wird dargestellt, dass eine große Unwissenheit über den tatsächlichen Nutzen der kostspieligen Klimaschutzmaßnahmen besteht. Weder der Effekt noch das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahmen bzw. deren Folgen für das Klima sind nach Aussage der Staatsregierung quantifizierbar. Dies führt unweigerlich dazu, dass insbesondere das Bayerische Klimaschutzgesetz in seinen Zielen nicht den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht und daher aufgehoben werden muss.

Neben der Entlastung von bürokratischem Aufwand wird eine Aufhebung des Gesetzes weitere positive Nebeneffekte nach sich ziehen. So ist damit zu rechnen, dass durch die Signalwirkung sowohl in den Gebietskörperschaften und Kommunen als auch in der bayerischen Wirtschaft eine verbesserte Planungssicherheit zusätzliche Investitionen anstößt.

B) Besonderer Teil:

Zu § 1 (Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes)

Alle Regelungen inkl. der Änderungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes werden aufgehoben und damit der ursprüngliche Rechtszustand wiederhergestellt.

Zu § 2 (Inkrafttreten)

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alexander Flierl

Abg. Gerd Mannes

Abg. Benno Zierer

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Laura Weber

Abg. Anna Rasehorn

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

**zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes - Entlastung der bayerischen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie
(Drs. 19/4699)**

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich dem Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe hier heute die Freude und das Vergnügen, Ihnen einen hervorragenden Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag vorzustellen. Es gibt auch keine Kosten und keine Alternativen. Wir wollen ein Gesetz, das Sie hier – FREIE WÄHLER und CSU – 2021 federführend beschlossen haben, einfach aufheben. Ministerpräsident Söder – wo ist er denn heute wieder? – ist ja bekannt dafür, dass er opportunistisch ist,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

oder sagen wir es einmal positiv: Er ist maximal flexibel. Das hat er schon bei der Kernkraft gezeigt, wo er eine 180-Grad-Wende hingelegt hat, übrigens in die Richtung meiner Fraktion, der AfD, diese wieder in Betrieb zu setzen. Ob er es dann tatsächlich tut, ist die gleiche Frage wie bei der Migration. Die Migration ist jetzt im Wahlkampf ein großes Thema. Mal gucken, ob er es nach dem 23. Februar auch noch so hart meint.

Übrigens: Zusammen mit dem geschätzten Vizeministerpräsidenten Herrn Aiwanger, der hier heute da ist, möchte er die Klimaziele von 2040 auf 2045 verschieben. Man höre und staune! Begründung: Wirtschaft und Bürger seien zu stark belastet. Herr Ai-

wanger, zu stark belastet? Dann sind sie 2045 ja immer noch zu stark belastet. Warum schaffen Sie das ganze Ding nicht ab? So haben wir diese Belastung für unsere Bürger noch fünf Jahre länger. Das ist doch keine stringente Handlung. Eine stringente Handlung, meine Damen und Herren, wäre eher das, was uns ein Donald Trump in den USA vormacht: das Pariser Klimaabkommen einfach komplett abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Er entlastet sein Land und seine Leute. Herr Söder – abwesend heute – sollte hier vielleicht auch mal den Ausstieg aus seinen verschiedenen Berliner Klimaabkommen durchführen, einfach raus, keine CO₂-Abgaben mehr für Berlin, für Brüssel und für Sie alle, geschätzte Bürgerinnen und Bürger.

Als AfD wollen wir unsere Wirtschaft entlasten, Betriebe und Leute. Die Betriebe müssen entlastet werden. Die Leute sollen weniger Steuern zahlen – da haben wir Konzepte dafür –, damit die Kaufkraft wieder steigt im Land.

Meine Damen und Herren, das Klima kann man nicht per Gesetz einfach so ändern. Das geht einfach nicht. Es hat sich seit Jahrtausenden immer geändert, auch schon völlig unabhängig vom Menschen. Das sage ich Ihnen nicht nur als Politiker, sondern auch als Wissenschaftler, der selbst zahlreiche Vorlesungen in Klimatologie gehalten hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja! – Anna Rasehorn (SPD): Wahrscheinlich auf YouTube!)

Bürokratie abbauen – das will die CSU normalerweise. Herr Söder ist nicht da, der bürokratieabbauende Herr Nussel – wo ist er denn? – auch nicht.

(Kerstin Schreyer (CSU): Er baut gerade Bürokratie ab!)

Herr Nussel will das normalerweise. Er kommt gerade. – Herr Nussel, Sie wollen doch den Staat auch verschlanken. Dazu wird mein Kollege Gerd Mannes gleich noch einige Worte verlieren.

Meine Damen und Herren, wir haben verschiedene Punkte, warum wir aus diesem Klimagesetz raus müssen, die ich Ihnen in aller Kürze hier darlegen will. Belastung durch den Klimaschutz: Die Kosten werden von einigen Finanzinstituten auf bis zu 13,2 Billionen Euro geschätzt.

Energiearmut ist aufgetreten: 2020 lag sie noch bei 14 %. Ende des Jahres 2023 liegt sie bei 40 %. Das sind Steigerungsraten, meine Damen und Herren, die doch auf keine Kuhhaut eines Haushaltes mehr gehen!

Die USA und einige Großinvestmentbanken bzw. Finanzinstitute verlassen jetzt die Klimainitiativen. Das tun sie: J.P. Morgan, BlackRock – bekannt in der Union – und andere mehr. Die gehen aus diesen Klimainitiativen raus. Das sollten wir vielleicht auch tun. Sonst wird der Druck auf Bayern und auf Deutschland noch größer. Entweder wir tragen das auch noch alles mit, oder wir gehen auch raus, wie die Amerikaner das machen, und sparen uns sehr viel Geld.

Vorwürfe gegen die Klimaprojekte im Ausland, meine Damen und Herren: Denken Sie mal an die Radwege in Peru. Die gibt es ja wenigstens. Die werden wenigstens gebaut, wenngleich von unserem Geld. Da haben wir nichts davon. Aber Ihre Projekte in Nepal, in China und wer weiß wo noch werden zum Teil gar nicht gemacht. Das sind Fake-Projekte. Da verschwindet unser Geld ohne allen Sinn und Verstand.

Dagegen sollte man doch lieber – das ist mein letzter inhaltlicher Punkt – aufforsten. Statt 2 % für Windkraft machen Sie doch lieber 2 % für Aufforstung im Land. Dann machen wir keine neuen Rodungen, sondern bauen richtig anständige deutsche Wälder.

(Beifall bei der AfD)

Das ist auch mein Schlusswort, meine Damen und Herren. Wenn es einmal nach der AfD geht: Jeden Tag ein überflüssiges Gesetz einfach streichen. Heute ist das Klimagesetz dran. Weg damit!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal verkennt die AfD sowohl den Inhalt, aber auch die Zielrichtung ihrer Vorschläge. Der Schutz des Klimas ist wohl völlig unstrittig eine der zentralen globalen Herausforderungen unserer Zeit.

Aber es ist auch nicht verwunderlich, dass derartige Vorschläge von der AfD kommen. Sie stellen damit wieder nur unter Beweis: Sie gehören ganz einfach zu den Klimaleugnern. Sie relativieren den Klimawandel und negieren insbesondere die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Da braucht man nur in Ihrem Parteiprogramm nachzulesen. Da steht es eindeutig drin.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der AfD: Wo? – Weitere Zurufe von der AfD)

Eine Aufhebung des Klimaschutzgesetzes wäre darüber hinaus auch fatal. Es gilt zu handeln. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um den Anstieg der durchschnittlichen Erderwärmung einzubremsen und dem Einhalt zu gebieten. Wir müssen rasch und entschlossen handeln. Da gehört auch unser Beitrag ganz entscheidend mit dazu, gerade als eine der größten Volkswirtschaften in der Welt. Eigentlich ist es ganz klar, wenn ich auf die wissenschaftlichen Studien und Erkenntnisse schaue, die eindeutig sind.

(Zuruf von der AfD: Auf welche Studien?)

Sie negieren ganz einfach und stellen 95 % der Wissenschaften in Abrede, die uns hier genau bestätigen und uns auf diesem Weg bestärken.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Die stellen fest: Je höher der Temperaturanstieg ist, desto erheblicher sind auch die Kosten für Klimaschäden und die erforderlichen Anpassungen an den Klimawandel, die dann bei Weitem die Vermeidungskosten übersteigen. Schauen wir auf das letzte Jahr zurück mit erheblichen Schäden durch Hochwässer, durch Starkregenereignisse, durch Extremwetterlagen. Allein für Naturgefahrenschäden mussten im letzten Jahr von den Versicherern 5,5 Milliarden Euro aufgebracht werden. Angesichts dessen ist es geradezu töricht, wenn man Klimaschutzmaßnahmen, Klimaanpassungsmaßnahmen und auch die gesetzlichen Rahmenfestlegungen dazu und das Klimaschutzprogramm aufheben will. Da muss man sich eindeutig an den Kopf greifen, wenn Sie diesen Weg gehen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Natürlich wissen wir, dass die maßgeblichen Gesetzgebungskompetenzen auf europäischer Ebene und beim Bund liegen. Deswegen hat unsere gesetzliche Maßgabe, das Bayerische Klimaschutzgesetz, eine ergänzende und unterstützende Funktion, um eine Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften vorzunehmen. Ihr Vorschlag ist fachlich falsch und eindeutig ein Irrweg. Zudem begehen Sie wie üblich auch einen inhaltlichen Fehler; denn Ihr Antrag läuft eigentlich ins Leere. Das Klimaschutzgesetz des Freistaates ist ein Rahmengesetz, das ausschließlich die grundsätzlichen Ziele, Vor- und Maßgaben festlegt und inhaltlich festzurrt. Die von Ihnen kritisierten Klimaschutzmaßnahmen sind in unserem Klimaschutzprogramm enthalten: 150 Maßnahmen, mit denen wir über Innovation, Forschung, Technik, aber insbesondere auch über die natürlichen Kohlenstoffspeicher eine Anpassung an die Klimaänderungen erreichen und dem Klimawandel wirksam begegnen. Hebt man das Klimaschutzgesetz auf, ist das Klimaschutzprogramm bei Weitem noch nicht aufgehoben.

Ich erinnere daran, dass wir uns mit unseren Klimaschutzprogrammen Bayern 2020 und Bayern 2050 schon 2008 und 2014 selbst ein Klimaschutzprogramm gegeben haben. Dies zeigt, dass wir nicht erst seit gestern auf diesem Weg unterwegs sind, sondern dass wir dies im Gegenteil schon längerfristig betrachten, die wissenschaftlichen Erkenntnisse ernst nehmen und in Bayern umsteuern. Uns geht es um einen wirkungsvollen Klimaschutz, der dynamisch angelegt ist und permanent evaluiert werden muss. Hier führt uns der von Ihnen gezeichnete Weg nicht weiter. Die Aufhebung des Klimaschutzgesetzes wäre eindeutig falsch. Dies lehnen wir selbstverständlich ab. Wir werden in den Ausschusssitzungen natürlich darüber beraten, aber Ihr Weg ist eindeutig der falsche. Deshalb können Sie nicht mit unserer Zustimmung rechnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile Herrn Kollegen Gerd Mannes für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Flierl, ich gebe Ihnen natürlich recht. Im Klimaschutzprogramm stehen auch sinnvolle Sachen wie zum Beispiel Radwege, Bau- und Infrastrukturmaßnahmen. Dafür brauchen wir aber kein Klimaschutzgesetz. Das ist Quatsch.

Das Zweite, was Sie gesagt haben, ist völliger Unsinn. Ich sage Ihnen auch, warum: Es muss Ihnen doch klar sein, dass es Unsinn ist, das Klima über CO₂-Einsparungen von Bayern aus ändern zu wollen. Wir stoßen 0,3 % des gesamten CO₂ aus.

(Alexander Flierl (CSU): Knappe 2 %!)

Es ist anders! Bayern, habe ich gesagt. Wenn Sie glauben, dass die Erde durch den CO₂-Ausstoß wärmer wird, müssen Sie Anpassungen vornehmen, anstatt die Volkswirtschaft zu ruinieren. Darum geht es! Wenn Sie sich über mangelnden Hochwasserschutz und zu viel Regen beklagen, müssen Sie konkrete Schutzmaßnahmen ergreifen, anstatt irgendwie zu versuchen, CO₂ einzusparen. Das ist der falsche Weg. Sie sind auf dem Holzweg. Kehren Sie um!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Flierl (CSU): Herr Mannes, manchmal muss man sich fragen, wer in der politischen Debatte eigentlich ein Brett vor dem Kopf hat.

(Gerd Mannes (AfD): Sie!)

Zu Ihrer Aussage, dass wir auf dem Holzweg wären, stelle ich fest: Ganz im Gegenteil, für uns gilt der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Der Unterschied zu anderen politischen Gruppierungen ist, dass wir genau diese drei Punkte unter einen Hut bringen. Wir wissen, dass wir Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen müssen. Wir wissen, dass dies nur im Rahmen der Wirtschaftlichkeit geschehen kann und gleichzeitig die soziale Verträglichkeit gewahrt werden muss. Dazu dienen zum einen das Klimaschutzgesetz, um Ziele und Maßgaben festzulegen, und zum anderen insbesondere unser Klimaschutzprogramm.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der grüne Kontrollwahn zerstört unseren Wohlstand. Das muss auch euch klar sein. Das bemerkt man jeden Tag. Die Regulierungswut – ich habe einmal nachgesehen – kostet jährlich 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung. So viel kostet es. Besonders die Wirtschaft, aber auch die Verwaltung – darüber wollen wir später noch sprechen – leiden unter diesen idiotischen Vorschriften. Der Staat holt sich das Geld für die Bürokratie dann natürlich beim Steuerzahler. Wir befinden uns hier also in einem absoluten Teufelskreis steigender Bürokratiekosten, die Steuererhöhungen verursachen.

Die führenden Volkswirtschaften – mein Kollege hat es schon gesagt – haben sich längst von diesen ideologischen Klimazielen verabschiedet. Haben Sie es noch nicht bemerkt, Herr Flierl? Ich sage es Ihnen gerne noch mal: Die USA sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen. China hat sich für diese grünen Spinnereien nie interessiert. Die ganze Welt hat erkannt, dass der ideologische Klimaschutz volkswirtschaftlich schädlich ist. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe Ihnen vorhin gesagt, wenn Sie der Meinung sind, dass es wärmer wird, dann sorgen Sie für die Anpassung an das wärmere Klima. Dieser fanatische Kampf gegen CO₂-Emissionen bringt nichts. Übrigens möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Es gibt keine CO₂-neutrale Volkswirtschaft. Das können Sie noch so weit nach hinten schieben, das gibt es nicht. In Bayern steht es tatsächlich drin. Ich habe es noch einmal nachgelesen. Ja, Sie wollen das Weltklima tatsächlich von Bayern aus retten. Das schaffen wir nicht. Sehen Sie das doch ein!

(Beifall bei der AfD)

Trotzdem wollen Sie 22 Milliarden Euro ausgeben. So viel haben Sie veranschlagt. Dabei haben Sie keine Ahnung, ob die Klimamaßnahmen wirken. Ich habe selbst einmal eine Anfrage gestellt, und die Staatsregierung hat zugegeben, dass sie keine Ahnung hat, inwieweit das wirkt. 300 Millionen Euro für Bürokratiekosten im Klimabereich sind viel zu viel. Der volkswirtschaftliche Schaden ist im Übrigen viel größer, weil bei der Überregulierung niemand mehr in Bayern investieren will.

Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal: Das Klimaschutzgesetz ist nichts anderes als ein Brandbeschleuniger für die Deindustrialisierung. Wir müssen die Ziele für die Klima- und CO₂-Neutralität nicht um fünf Jahre verschieben. Sie sollten einfach einmal anerkennen, dass das nicht geht. Wir müssen dieses Gesetz nicht abschwächen oder reformieren, sondern es muss restlos entsorgt werden. – Punkt! Genau das fordern wir mit dem heutigen Gesetzentwurf. Ich habe Ihnen schon gesagt, einzelne Punkte des

Klimaschutzprogramms sind natürlich sinnvoll, vor allem bei der Infrastruktur, aber wir brauchen einen vernünftigen Rechtsrahmen und kein ideologisches Klimagesetz.

Die kommunale Wärmeplanung, Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, Radwege und Ladeinfrastruktur kann man und können auch die Kommunen angehen, aber nicht verpflichtend, sondern ohne Zwang und freiwillig. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf die Verwaltung und vor allem die Unternehmen entlasten. Der Mittelstand, Herr Flierl, möchte auch nicht grün sterben. Die gesamte Klimabürokratie bremst die Wertschöpfung in Bayern und verschärft die Rezession. Der Irrsinn, den Sie mit diesen verpflichtenden Gesetzen vorhaben, bringt keinen Mehrwert, schwächt aber unsere Unternehmen auf dem Weltmarkt. Das Klimagesetz muss abgeschafft werden, auch weil es ein Freibrief für neue Vorschriften ist.

Das Ganze reicht natürlich noch nicht aus: Wir brauchen endlich auch wieder wettbewerbsfähige Energiepreise. Die ganze Welt setzt auf Kohle, Gas und Kernenergie, und in Bayern sollten wir das auch tun. Dann werden wir wieder Zukunftsstandort, auch für Industrieunternehmen. Windräder und Solarfelder sind keine Lösung für eine kostengünstige, grundlastfähige Energieversorgung. Das müsste auch Ihnen zwischenzeitlich aufgefallen sein. Ich habe es schon gesagt: Wenn Sie der Meinung sind, dass es wärmer wird, müssen Sie sich mit der Infrastruktur den steigenden Temperaturen anpassen. Der Hochwasserschutz wird immer wieder erwähnt. Dafür sind aber konkrete Maßnahmen nötig. Sie müssen die Siedlungen konkret schützen,

(Alexander Flierl (CSU): Was jetzt?)

aber nicht durch verringerten CO₂-Ausstoß, sondern durch Grundschutz. Anders geht das nicht.

Stimmen Sie also unserem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es klar vorweg zu sagen: Die Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ist für uns und für Bayern keine Option. Wir stehen nach wie vor dazu, dass Bayern seinen Beitrag leistet, um die Ziele des Bundes und der EU zu erreichen. Über allem steht natürlich die globale Herausforderung, die Klimaveränderungen so einzudämmen und zu drosseln, dass die Folgen einigermaßen beherrschbar bleiben. Das darf man nicht vergessen. Die unvermeidlichen Anpassungen an die Klimafolgen sind auch ein Teil des Klimaschutzgesetzes. Wir gehen bei diesen Dingen nämlich vorwärts und nicht rückwärts. Wir gehen dorthin, wo es notwendig ist, und machen die richtigen Gesetze dazu. Das wird von Erfolg gekrönt sein. Wir halten daran fest, dass Bayern klimaneutral werden soll. Darüber, ob man dafür 2040 oder 2045 oder ein anderes Jahr als Zielmarke setzt, kann man diskutieren. Auch über die Prioritäten bei verschiedenen Maßnahmen darf man diskutieren, vor allem wenn das Geld knapper wird.

Wir wissen zum Beispiel auch nicht, wie die nächste Bundesregierung aussehen wird und was sie in Sachen Klimaschutz vorhat. Davon sind wir in Bayern ja nicht unabhängig. Das grundsätzliche Ziel bleibt aber bestehen. Beim Klimaschutz geht es uns nicht um das Ob, sondern um das Wie und das Wann. Da schadet es nicht, etwas flexibler zu sein. Die Klimaschutzmaßnahmen sind sicherlich nicht der einzige Grund dafür, dass die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Krise steckt, aber wenn man in diesem Bereich der Wirtschaft etwas mehr Luft geben kann, sollte man das tun. Noch einmal ganz deutlich: Klimaschutz aufzugeben, kann keine Option sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, wir haben eine Meldung zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Zierer von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben jetzt sozusagen das Wort von Herrn Aiwanger aufgegriffen, der zum TOP vorher gesprochen hat. Mich wundert etwas, dass Sie einfach – das haben Sie gerade gesagt – stumpf an diesen Klimazielen auch in Bayern festhalten wollen, wider besseres Wissen. Sie haben selber gesagt: Es ist wirtschaftlich jetzt nicht machbar, es ist zu teuer, wir leiden alle, die Bürger zahlen zu viele Steuern. – Jetzt haben Sie das Erreichen des Klimaziels von 2040 auf 2045 verschoben. Aber das grundsätzliche Problem wollen Sie nicht angehen. Dabei wird es jetzt noch fünf Jahre länger für uns alle teurer. Ich frage mich, wann Sie die Bürger eigentlich mal entlasten.

Man kann auch die wirtschaftlichen Schäden sehen. Schauen Sie beispielsweise mal in die Daten der Münchener Rück, die das ja versichern. Die Schäden sind sogar prozentual zurückgegangen; seit 1980 ist der Anteil der Schäden am Bruttoinlandsprodukt von 0,56 auf 0,26 % zurückgegangen. Das heißt, diese wirtschaftlichen Schäden durch einen sogenannten Klimawandel gibt es gar nicht.

Deshalb die Frage: Warum verprassen Sie das Geld? Warum geben Sie es nicht lieber den Leuten zurück?

(Beifall bei der AfD)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Prof. Hahn, Sie haben jetzt soeben gesagt, warum wir diesen Weg gehen sollen und müssen. Wir gehen keinen Irrweg. Irrweg ist eher bei Ihnen angesagt. Leider hat der Irrweg drei Buchstaben: AfD. Tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Laura Weber.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass eine Partei, die den menschengemachten Klimawandel leugnet, ein Klimaschutzkonzept oder ein Klimaschutzgesetz abschaffen will, ist keine Überraschung; so weit, so bekannt. Vielmehr macht mir Sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, dass auch Sie sich von dem Ziel abkehren, den Klimaschutz wirklich schnell, zügig und mit aller Kraft voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Beim Thema Atomkraft sind die FREIEN WÄHLER schon ein Stück weiter als Markus Söder, der Ministerpräsident, der immer noch von Isar 2 und kleinen Atomkraftreaktoren in der ganzen Republik träumt, damit es wieder vorangeht. Ich wünsche mir mal einen, der sagt, dass er so einen Atomreaktor in seiner Nachbarschaft haben will.

(Ferdinand Mang (AfD): Wir!)

Der Vizeministerpräsident leugnet offen und ernsthaft im Wissenschaftsausschuss den Klimawandel.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Mann!)

So steht es um die Regierung in Bayern. Sie lassen auch hier zu, dass die AfD Sie vor sich hertreibt. Beim Klimaschutz gehen Sie in Bayern und auf Bundesebene mittlerweile sogar so weit, dass Sie mit den Stimmen der Faschisten Ihre Anträge und Gesetze durchsetzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD – Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Sie machen sich freiwillig zum Spielball. Sie werden ausgenutzt.

(Anhaltender Widerspruch bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ihnen gehen die Argumente aus! – Zuruf von der AfD: Wo sind wir denn hier hingekommen? Unglaublich, so was!)

Wieder zurück zu Bayern und dem Klimaschutz: Auch seitens der Wirtschaft und der Industrie kommen ganz klare Ansagen. Alle wollen mehr und nicht weniger Klimaschutz, natürlich mit Unterstützung. Natürlich muss man unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das stimmt gar nicht! Es sind gar nicht alle!)

Ich will eine kleine Auswahl zeigen. Ich zitiere zum Beispiel die Münchener Rück, den größten Versicherer bundesweit; sie wurde heute schon angesprochen:

"Ein Hitzerekord nach dem anderen, die Folgen sind verheerend. Die zerstörerischen Kräfte, die der Klimawandel mit sich bringt, werden immer offensichtlicher, und diese Tatsache wird von der Wissenschaft untermauert."

Ansagen kommen auch von der BaFin, die ganz klar neue Risiken für den Finanz- und Wirtschaftsstandort Deutschland voraussagt, oder vom BDI als größtem Industrieverband Deutschlands, der es als wichtiges Ziel für die neue Bundesregierung ansieht, die Anstrengungen beim Ausbau der Windenergie zu erhöhen und das Heizungsgesetz nicht rückgängig zu machen. Nebenbei lobte der BDI auch unsere grünen Klimaschutzverträge und unser Kraftwerksicherungsgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

423 bayerische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Regierungsbezirken haben einen Appell unterzeichnet, den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, um – ich zitiere – Arbeitsplätze zu sichern und Wohlstand zu erhalten. – Lassen Sie sich das einfach mal auf der Zunge zergehen. Wir brauchen auf allen Ebenen mehr Klimaschutz, nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Landesregierung, aber auch an die CSU gerichtet: Weniger Klimaschutz ist eine Politik gegen die Menschen, gegen die Wissenschaft und gegen die Wirtschaft in unserem Land. Bleiben Sie deswegen auf Kurs. Weiter geht's! Wir helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst der Kollege Gerd Mannes!

Gerd Mannes (AfD): Frau Weber, Sie haben uns jetzt gerade als Faschisten bezeichnet. Ich sage Ihnen etwas: Das haben Sie deswegen gemacht, weil Sie argumentativ unbewaffnet sind. Sie haben keine Argumente.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Sie bezeichnen nicht nur mich oder uns als Faschisten, sondern auch Trump oder die italienische Regierung.

(Tim Pargent (GRÜNE): Seit wann?)

Ich sage Ihnen mal etwas: Sie sind hier die Geisterfahrer. Gucken Sie sich mal um auf der Welt. Die Volkswirtschaften wollen Kernkraft, Öl und Gas. Die bauen das aus,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

und Sie mit Ihrer Politik zerstören unsere deutsche Volkswirtschaft. So sieht es aus.

Jetzt zu meiner Frage: Wollen Sie sich von Ihrem Geisterfahrerkurs nicht einfach abwenden und vernünftig werden?

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD)

Laura Weber (GRÜNE): Argumentativ – das versichere ich Ihnen – bin ich Ihnen haushoch überlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Gerade wenn es um Klimaschutz und erneuerbare Energien geht, bin ich Ihnen haushoch überlegen. Sie haben Faschisten in Ihren Reihen, und zwar immer mehr. Also ist das auch eine ganz klare Ansage.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben gerade vorhin irgendetwas von China geredet. Schauen Sie sich mal an, was China macht und wie die Chinesen im Sektor der erneuerbaren Energien voranschreiten.

(Widerspruch bei der AfD – Gerd Mannes (AfD): Die haben auch sehr viele Kohlekraftwerke! Da bleibt Ihnen die Luft weg!)

– Ja, natürlich, aber bald ist der Zenit überschritten. Schauen Sie mal, was die im Bereich Klimaschutz machen. Da bleibt Ihnen die Luft weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung vom Kollegen Alexander Flierl.

Alexander Flierl (CSU): Frau Kollegin Weber, ich bin schon einigermaßen irritiert, dass Sie Ihre Fehlinterpretation bezüglich einer notwendigen Umkehr in der Migrations- und Flüchtlingspolitik jetzt mit der Diskussion über das Klimaschutzgesetz vermengen. Ausnahmsweise sind einmal wir der gleichen Meinung, dass wir das weiterhin auch in Bayern brauchen.

Aber jetzt zur Sache selber: Auch hier sollten Sie, glaube ich, nicht ablenken; denn eindeutig klar ist wohl, dass 80 bis 90 % der Gesetze mit Wirkung im Bereich des Klimaschutzes zunächst auch auf Bundesebene festgelegt werden. Hier sind Sie als GRÜNE eindeutig auch in der Verantwortung. Also bitte nicht ablenken! Wir hängen hier mit unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz ganz klar an den Determinanten des Bundes. Wir kämpfen für unsere Ziele. Wir schauen, dass wir sie einhalten können.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Von Brüssel!)

Wir gehen hier wirklich bis zur Schmerzgrenze, aber nicht darüber hinaus, und insbesondere nicht dahin gehend, dass wir unsere Wirtschaft entsprechend abwürgen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Alexander Flierl (CSU): Deswegen sollten Sie hier eindeutig auch Ihre bundespolitische Verantwortung sehen.

Laura Weber (GRÜNE): Ich habe nichts "vermischt". Es geht um die Abstimmung zur Migrationsbegrenzung letzte Woche im Bundestag und um das Sich-treiben-Lassen – das sehe ich hier ganz deutlich. Darauf habe ich hingewiesen und keineswegs thematisch vermischt. Das ist das Erste.

Des Weiteren wird auf Bundesebene viel dafür getan: 60 % des Stroms kamen im Jahr 2024 aus erneuerbaren Energien.

(Alexander Flierl (CSU): In Bayern!)

Einiges wurde entfesselt. Die Bundesregierung geht diesen Weg hoffentlich weiter voll mit.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

– Herr Flierl, ich begrüße, dass die CSU und wir GRÜNEN in dieser Hinsicht grundsätzlich dem gleichen Weg folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): "Sehr schön!")

Dem ersten Teil Ihrer Rede konnte ich zustimmen; ich habe sogar geklatscht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie sehen: Ist doch alles "schön"! – Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der CSU)

– Ich habe in die Anrede "demokratische Fraktionen" extra auch die CSU eingeschlossen. Ihnen ist das gut aufgefallen.

Warum ist das Bayerische Klimaschutzgesetz wichtig? – Das Erreichen der globalen Kippunkte durch die globale Erderwärmung droht die Lebensgrundlagen der Menschheit in einem bisher unbekanntem Maße grundlegend zu verändern.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Der Raubbau an Mensch und Natur, die Zerstörung von Lebensräumen, Vermüllung und auch der ungezügelt Ausstoß von Emissionen sind menschengemacht und die Folgen einer rein kapitalistischen Wirtschaftsweise, die ungezügelt Profitmaximierung zum Ziel hat, ohne dabei auf die Endlichkeit von Ressourcen von Mensch und Umwelt Rücksicht zu nehmen.

Eine Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis lautet – sie ist mir besonders wichtig –: Die Klimakrise ist eine globale Gerechtigkeitskrise. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für den Ausstoß genauso vieler CO₂-Emissionen verantwortlich wie die ärmsten zwei Drittel der Weltbevölkerung.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Die globale Erderwärmung wird besonders die ärmsten etwa 5 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung treffen. Gerade in Deutschland tragen wir historische Verantwortung dafür; denn aktuell stoßen lediglich sieben Länder auf der Welt mehr CO₂ aus als Deutschland.

(Andreas Winhart (AfD): So ein Schmarren! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Unter der Ampel!)

Deshalb ist es kein Wunder, dass die Partei rechts außen das Bayerische Klimaschutzgesetz ersatzlos streichen möchte; denn den Abgeordneten rechts außen kommt es gelegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich durch die Klimakrise immer weiter auseinandergeht.

(Zuruf von der AfD)

Es kommt Ihnen gelegen; denn so können Sie die Gesellschaft immer weiter spalten.

(Zuruf von der AfD)

Die AfD leugnet den Klimawandel, spricht verächtlich von "Klimareligion", möchte Klimaschutzmaßnahmen streichen und will, dass Deutschland aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen aussteigt. Das steht auf Seite 16 ihres Wahlprogramms.

(Zuruf von der AfD)

Sie will also lieber den einzigen Planeten zerstören, als einen Beitrag dazu leisten, unsere Gesellschaft zusammenzuführen. Das ist schäbig. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf der AfD ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Mit dieser Ankündigung, den Gesetzentwurf abzulehnen, könnte meine Rede eigentlich enden. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und auch einige von Ihnen, den FREIEN WÄHLERN, das Klimaschutzgesetz aufweichen wollen. Das aktuell gültige Klimaschutzgesetz sieht nämlich vor, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Bayern bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 % im Vergleich zum Niveau von 1990 zu senken. Artikel 2 Absatz 2 des Klimaschutzgesetzes schreibt dem Freistaat Bayern ab dem Jahr 2040 Klimaneutralität vor. Bayern muss seine Hausaufgaben machen.

Markus Söder hat im Jahr 2021, als er das Vorhaben vorangetrieben hatte, gesagt: Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir uns nicht aus Angst vor Lobbygruppen, vor Leugnern oder vor Ewiggestrigen vor der Antwort drücken. – Gilt das, was der Ministerpräsident damals gesagt hat, also jetzt, wenn Bayerns Klimaneutralität aufgegeben werden soll, nicht mehr?

Liebe Kollegen, ich habe es bereits letzte Woche in der Aktuellen Stunde zur Jugend gesagt, muss mich heute leider wiederholen und werde mich wahrscheinlich in meiner nächsten Rede noch einmal wiederholen müssen: Wir haben kein Erkenntnisproblem, außer den Abgeordneten "rechts außen", sondern ein Umsetzungsproblem. Bayern hat deutschlandweit anteilig die meisten Ölheizungen und die meisten Emissionen im Verkehr. Beim Ausbau der Wind- und Solarenergie ist noch viel Luft nach oben. Das ist kein Bundesproblem, sondern das sind unsere eigenen Hausaufgaben in Bayern.

Die Hochschule Regensburg hat sich intensiv mit der bayerischen Klimapolitik beschäftigt und errechnet, dass wir mit dem jetzigen Tempo die Klimaneutralität Bayerns erst in 230 Jahren erreichen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu spät. Deswegen muss gelten: Lieber jetzt mehr Klimaschutz! An unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz festhalten! Und: Mehr tun! Wenn wir nichts tun, kommt es uns deutlich teurer zu stehen. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 b aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass es zu den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 7 drei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden werden. Ich bitte Sie deshalb,

Ihre Stimmkartentaschen, soweit noch nicht geschehen, rechtzeitig aus dem Postfach vor dem Plenarsaal zu holen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/4699

**zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes - Entlastung der bayeri-
schen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Ingo Hahn**
Mitberichterstatter: **Benno Zierer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 19. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf in seiner 24. Sitzung am 10. April 2025 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Striedl, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Johannes Meier, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Ramona Storm, Matthias Vogler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4699, 19/6361

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes – Entlastung der bayerischen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander Flierl

Abg. Laura Weber

Abg. Benno Zierer

Abg. Anna Rasehorn

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

zur Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes - Entlastung der bayerischen Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Drs. 19/4699)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Unter dem Deckmantel der angeblichen Rettung des Klimas werden ständig neue Abzocksteuern eingeführt. Gleichzeitig verliert die Regierung jede Kontrolle über die Staatsausgaben. Hunderte Milliarden verschwinden jährlich in fragwürdigen Projekten, in der Entwicklungshilfe, in der Migrationsindustrie und im Klimairrsinn, und das ohne einen konkreten Nutzen für den Steuerzahler. Über den europäischen Emissionshandel nimmt der Staat bereits sechs Milliarden Euro jährlich ein. Seit 2021 müssen Bürger und Unternehmen zusätzlich die nationale CO₂-Abgabe zahlen. Die Versprechen, dass die Einnahmen über ein Klimageld wieder zurückgezahlt werden, sind gebrochen worden. Stattdessen stopft die CO₂-Steuer die Löcher des Bundeshaushalts. Dort versickern die Milliarden in nutzlosen Projekten. Was wir jeden Tag sehen, sind steigende Heizkosten und der teure Sprit an den Tankstellen.

Um es noch einmal klar zu sagen: Wir haben es hier mit einer direkten staatlichen Abzocke durch Klimasteuern zu tun. Das ist nichts anderes. Mit dem neuen Artikel 143h

missbrauchen die Regierungsparteien auf Bundesebene zusammen mit den GRÜNEN sogar das Grundgesetz für noch mehr Klimaausgaben. Mit dieser Planwirtschaft bremsen sie die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes einfach aus. Laut Ifo-Institut kostet uns die grüne Regulierung jährlich fast 150 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung. Deswegen befinden wir uns seit nunmehr drei Jahren in einer Rezession. Das ist eine Zerstörung der Wirtschaft durch die eigene Regierung.

Die gesamte Verwaltung unserer Gemeinden wird durch immer neue Vorschriften gegängelt. Kommunen müssen Ladesäulen bauen, Heizungen austauschen und Wärmenetze planen. Das Bayerische Klimaschutzgesetz setzt diesem Irrsinn noch die Krone auf. Niemand braucht einen Klimarat, eine Beratungsinstanz, die die Ministerien in Dingen beraten soll, über die sie eigentlich schon genau informiert sind. Man braucht auch keinen Koordinierungsstab Klimaschutz, der aus der Staatskanzlei und den Staatsministerien besteht. Sie sollten sich lieber um die positive Entwicklung der Wirtschaft kümmern. Das wäre viel wichtiger.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Herr Minister Glauber berichtet dem Ministerrat jährlich, damit er sich selber auf die Schultern klopfen kann. Das ist nicht notwendig. Öffentlichkeitswirksam lobt man außerdem noch den Bayerischen Klimaschutzpreis aus. Der interessierte Zuschauer fragt sich: Wozu das alles eigentlich? Der schlimmste Passus im Klimaschutzgesetz ist und bleibt das weltfremde Ziel, dass Bayern bis zum Jahr 2040 klimaneutral sein soll.

Liebe Kollegen von der CSU und der anderen Fraktionen, merken Sie sich eines: Bayern hat keinen Einfluss auf das Weltklima. Punkt! Das ist so.

(Beifall bei der AfD)

Ganz im Gegenteil: Die Welt nimmt einen ganz anderen Kurs. Die USA haben das Pariser Klimaabkommen beerdigt. Die Chinesen bauen ein Kohlekraftwerk nach dem anderen. Es sind Hunderte Kohlekraftwerke.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Es ist höchste Zeit, dass wir hier in Bayern die weltfremde Gesetzgebung der Realität anpassen. Anders kann man es nicht sagen. Mit unserem Gesetzentwurf fordern wir daher die Abschaffung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes. Dieses Gesetz war schon damals, als es eingeführt wurde, insgesamt unseriös. Es war ein Marketingtrick des Ministerpräsidenten Söder, als die grüne Politik noch im Trend war. Heute sehen wir, dass unserem Land mit der Klimaideologie furchtbarer Schaden zugefügt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Für Infrastrukturmaßnahmen, die auch Teil des Klimaschutzgesetzes sind, braucht man kein Klimaschutzgesetz. Man kann das in andere Gesetze packen. Das ist kein Problem.

Wir sind der Meinung, der Klimairrsinn hat schon genügend Schaden angerichtet. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu, und entsorgen Sie mit uns gemeinsam das sinnlose Bürokratiemonster.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Mannes, Sie haben mehr als die Hälfte Ihrer Redezeit darauf verschwendet und uns Lebenszeit gestohlen, indem Sie über bundesgesetzliche oder europarechtliche Vorgaben gesprochen haben, nämlich über die CO₂-Bepreisung und Wärmepläne

etc. Für all dies besteht für den Bayerischen Landtag keine rechtliche Kompetenz, das heißt, keine rechtliche Zuständigkeit.

Wir reden in dieser Debatte über das Klimaschutzgesetz, das Sie aufgeben wollen bzw. streichen wollen. Sie wollen es "beerdigen" – so nennen Sie das. Sie verkennen aber eindeutig – dabei reihen Sie sich eindeutig in die Riege der Klimaleugner und Negierer des Klimawandels in Ihren Reihen ein –, dass die zentralen globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, auch aufgrund des Klimawandels tagtäglich erkennbar sind. Besonders in den vergangenen Jahren gab es lange Dürrephasen, teilweise Extremwetterereignisse, Überschwemmungen und Starkregenereignisse. All diese Phänomene zeigen doch eindeutig, wie notwendig es ist, dass wir Maßnahmen ergreifen, um das Klima zu schützen, dass wir aber auch uns an den Klimawandel anpassen müssen und Anpassungsstrategien ergreifen müssen. Wir müssen handeln. Wir müssen ins Handeln kommen.

Deswegen hilft es uns auch nichts, wenn andere Länder auf einem Irrweg sind. Sie haben diese Länder angesprochen, die einen völlig anderen Weg gehen.

(Zurufe der Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) und Oskar Lipp (AfD))

Es hilft uns leider Gottes nichts, wenn man, um einen Vergleich heranzuziehen, sagt: Es ist alles schön und gut, wenn die Nachbarskinder eine Sechs haben und unsere nur eine Fünf haben. Nein, ich glaube, wir haben eine Vorbildfunktion. Wir haben eine Vorreiterrolle. Es ist auch ganz klar: Wenn wir Technologien entwickeln, die das Klima schützen und eine Anpassung an den Klimawandel ermöglichen, wird das auch ein Exportschlager. Dann wird das auch in wirtschaftlicher Hinsicht Erfolge erzielen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Ich komme zum Inhalt Ihrer Gesetzesinitiative. Wir wollen an unserem Klimaschutzgesetz festhalten, weil es die Grundlage für unser Bayerisches Klimaschutzprogramm

bildet. Es gibt angemessene 150 Maßnahmen, die auch Anpassungsstrategien enthalten, die wir dringend brauchen. Dadurch werden wir unserer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht, weil wir Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und soziale Verträglichkeit damit kombinieren.

(Ferdinand Mang (AfD): Das klappt bisher super! Das klappt super!)

Das geht nur durch eine kluge Politik. Das geht nicht durch das Leugnen des Klimawandels und nicht durch das Streichen von Gesetzen, sondern nur dadurch, dass wir die Gesetze mit Leben erfüllen und das Programm immer wieder zielgerichtet punktuell an die Herausforderungen, vor denen wir stehen, anpassen.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Dafür bildet das Klimaschutzgesetz einen verlässlichen Rahmen, den wir weiterhin aufrechterhalten wollen. Natürlich ist uns bewusst, dass wir als Bayern und als Bundesrepublik Deutschland diese globale Herausforderung nicht allein meistern können. Aber – ich habe das vorher schon betont – wir können vorausgehen und durch diese gesetzlichen Maßgaben unseren Beitrag leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Wir können zu einem Vorbild werden. Ja, es ist auch richtig: Dafür braucht es bundesgesetzlicher und europarechtlicher Vorgaben. Aber unser Klimaschutzgesetz ist flankierend und daneben mit dafür da, dass wir unseren Beitrag leisten können, um die Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen.

Wie gesagt, wir setzen hier auf Technologieoffenheit. Sie ist für uns ein zentraler und wesentlicher Punkt. Wir wissen ganz genau, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nur zusammen mit den Menschen und nur zusammen mit einer stabilen Wirtschaft erreichen können. Dafür stehen wir.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Dafür brauchen wir dieses Klimaschutzgesetz weiterhin. Eine isolierte Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes würde gar nichts bringen und wäre sogar, wie ich dargelegt habe, fatal. Daher werden wir Ihre Gesetzesinitiative wie auch schon bei der Ersten Lesung und in der Ausschussberatung ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Flierl, Sie haben es richtigerweise auch so gemacht wie ich: Sie haben das Bayerische Klimaschutzgesetz mit EU-Regularien und dem Bundesrecht in Verbindung gebracht. Wenn man es erläutern will, dann ist das notwendig. Ich glaube, Sie gestehen mir das in Zukunft auch zu, weil Sie es ebenso gemacht haben.

Nun aber zu meiner Frage. Sie haben gesagt, wir müssen mit einer Vorbildfunktion vorangehen, das sei der größte Exportschlager. – Ich glaube, dass der größte Exportschlager die deutsche Wertschöpfung und die deutsche Industrie sind. Für sie entwickelt sich das aber gerade fatal. Sie haben gesagt, Sie wollen trotzdem am Klimaschutz festhalten. Sie wollen anscheinend die Welt retten. Für 1,8 oder 1,9 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes sind wir verantwortlich. Auf Bayern entfallen davon vielleicht etwa 0,4 %. Können Sie mir ganz genau sagen, und zwar messbar, welchen Effekt diese Einsparungen, die wir in Bayern vornehmen, weltweit haben? Können Sie das beziffern? Gibt es dafür irgendwelche Zahlen?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Flierl, bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Ja, ganz klar, die europarechtlichen und auch bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen müssen entsprechend gesetzt werden, damit wir weiter vorankommen und unsere Klimaziele erreichen können. Das ist doch aber auch

nur logisch: Wenn eine der größten Volkswirtschaften weltweit, die Bundesrepublik Deutschland, es schafft, einen wesentlichen Beitrag zu Klimaanpassungsmaßnahmen und zum Klimaschutz zu erbringen, dann hat das eine Vorbildwirkung auf andere Länder. Andere Länder schauen auf uns.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Deswegen wäre es fatal, wenn wir uns von diesem Weg verabschieden würden. Dazu trägt Ihr Vorschlag in keiner Art und Weise bei und bringt uns nicht weiter. Sie vernebeln nur. Sagen Sie doch ganz klar, dass Sie den menschengemachten Klimawandel leugnen. Dann sind Sie wenigstens authentisch und ehrlich. Verbrämen Sie es aber nicht, indem Sie ausführen und sagen, Sie wollten die bayerische Wirtschaft schützen. Im Gegenteil: Wir gehen den Weg, dass wir Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit mit dem Klimaschutz kombinieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Laura Weber. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da sich Rechtsextremismus und Klimaschutz grundsätzlich ausschließen – wir bekommen das auch oft bestätigt –,

(Ulrich Singer (AfD): Intelligenz und Klimaschutz passen nicht zusammen!)

wundert es mich nicht, dass die AfD diesen Antrag stellt: Das Klimaschutzgesetz soll abgeschafft werden – und zwar nicht, weil es falsch ist, es herrscht ganz klar wissenschaftlicher Konsens darüber, dass wir Klimaschutz brauchen –, sondern weil es stört. Es stört Rechtsextremisten, wenn auf der Grundlage von Fakten und im demokratischen Konsens der Verantwortung Politik gemacht wird;

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

denn Ihnen geht es nie um eine verantwortungsvolle Politik.

Verantwortung würde bedeuten, so schnell wie möglich gegen die Klimakatastrophe anzugehen. Verantwortung würde auch bedeuten, die erneuerbaren Energien, die Speicher und die Netze auszubauen, Hitzeschutzmaßnahmen voranzubringen, Moore zu renaturieren und Wasserknappheit anzugehen. Das alles würde eine verantwortliche Politik bedeuten. Aber ich weiß, dass das alles für Sie nicht zählt. Diese Fakten und diese Tatsachen sind Ihnen egal. Vielleicht zählt aber der finanzielle Aspekt.

Keinen Klimaschutz zu betreiben wird extrem teuer. Auch darüber herrscht wissenschaftlicher Konsens. Allein die Flutkatastrophe im Ahrtal hat 40 Milliarden Euro gekostet. Durch den menschengemachten Klimawandel werden diese Katastrophen mehr und mehr, und wenn wir keinen Klimaschutz betreiben, wird uns das Studien zufolge sechsmal teurer kommen.

Der AfD geht es um Störung, um Trennung, um Verunsicherung. Ihr Ton scheint dabei sachlich, aber Sie zielen auch hier wieder auf unser gesellschaftliches Fundament, auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Jede wissenschaftliche Erkenntnis wird ins Lächerliche gezogen, und unser Grundverständnis von verantwortungsvoller Politik wird angegriffen. Ihre Absicht dabei ist klar: Sie setzen auf Verantwortungslosigkeit, auf Spaltung und nicht auf Klimaschutz, sondern am Ende auf Putins Gas und auf die Feinde Europas.

(Zuruf von der AfD)

Wir halten hier klar dagegen. Wir widersprechen, und wir lehnen ab. Wir lehnen die Gesetzesänderung, die Absenderpartei, die Absicht, den Rechtsextremismus und Ihr menschenfeindliches System, das daraus wachsen soll, ab.

Ich habe es in der Ersten Lesung schon ausführlich erläutert, weil Sie die Wirtschaft und die Industrie ansprechen. Sie sprechen an, was uns das kostete, wie es in China

sei und dass China vor allem auf Kohle setze. Schauen Sie einmal, was der Bund der Deutschen Industrie sagt. Er möchte Planungssicherheit und hat einen Appell an die künftige Bundesregierung gerichtet, dass gerade beim Klimaschutz klar vorangehen werden muss, weil es dazu keine Alternative gebe. China baut innerhalb von einem Jahr mehr Photovoltaik aus als wir in 20 Jahren und setzt voll auf erneuerbare Energien und auf Wasserstoff.

Was das Geld angeht: Hätten wir in den letzten Jahren nicht so viele erneuerbare Energien ausgebaut, dann wäre, wie manche sagen, der Strompreis um bis zu einem Viertel teurer. Vielleicht betrachten Sie diese Argumente einfach auch einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dafür erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sie haben gerade ausgeführt, was Sie stört. Jetzt sage ich, was uns hier stört.

Laura Weber (GRÜNE): Die Frage bitte!

Gerd Mannes (AfD): Das ist die Zerstörung der deutschen Industrie.

Was die freiheitliche demokratische Grundordnung betrifft, ist Meinungsfreiheit die Basis, und wir haben hier eben eine andere Meinung.

Laura Weber (GRÜNE): Das sieht man hier im Parlament.

Gerd Mannes (AfD): Das hat mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt nichts zu tun.

Laura Weber (GRÜNE): Aber was ist Ihre Frage?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin Weber, jetzt hat Herr Mannes das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Die anderen machen es anders. Sie haben China genannt. Nein, China hat einen ganz anderen Mix als wir. Wir haben weltweit den teuersten Strompreis.

Laura Weber (GRÜNE): Das stimmt nicht!

Gerd Mannes (AfD): Die Chinesen bauen zwar auch Solar, aber im Verhältnis viel weniger; sie setzen auf andere Energieformen. Jetzt frage ich Sie: Wir stoßen 1,9 % an CO₂ aus. Das ist relativ gering; bei anderen gibt es ein unheimliches Wachstum. Welchen Einfluss hat das konkret auf das Weltklima? Können Sie das beziffern? Das ist meine Frage.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin Weber, jetzt sind Sie dran.

Laura Weber (GRÜNE): Es ist ganz klar: 2 % CO₂-Ausstoß nur durch das kleine Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern ist prozentual ganz schön viel. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir müssen da weltweit vorgehen, und viele Länder auf der Erde – ich habe es mit China ausgeführt – gehen auch mit großen Schritten voran. Selbst wenn klar ist – das habe ich auch in der Ersten Lesung schon ausgeführt –, dass noch Kohlekraftwerke gebaut werden, müssen wir weltweit vorgehen, und da können wir, wie es Herr Flierl gesagt hat, unsere Industrie und unsere Wirtschaft voranbringen, indem wir auf Innovation und Technik setzen und das dann auch verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Benno Zierer. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es vorweg ganz klar zu sagen: Die Aufhebung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ist für uns überhaupt keine Option. Bei den Beratungen im Ausschuss wurde deutlich, dass die Ideen und der Antrag der AfD ins Leere laufen würden. Der Antrag ist substanzlos und bringt nichts.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz ist ein Rahmengesetz. Es legt die grundlegenden Klimaschutzziele gesetzlich verpflichtend fest, und das ist gut so. Die konkreten Maßnahmen, die von der AfD als zu bürokratisch, zu teuer und als nutzlos kritisiert werden, sind zu Recht im Bayerischen Klimaschutzprogramm festgelegt. Eine Aufhebung des Gesetzes hätte nicht automatisch einen Stopp dieser Maßnahmen zur Folge; so viel zur formalen Bewertung.

Wir, die FREIEN WÄHLER, und der Rest dieses Hauses stehen ganz klar dazu, dass wir in Bayern unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten sollen und müssen, um so die Klimaveränderung einzudämmen und zu drosseln, sodass die Folgen eventuell beherrschbar bleiben. Sollten wir nichts tun, würden die Folgekosten die Kosten eines wirksamen Klimaschutzes bei Weitem übersteigen. Deshalb halten wir daran fest, dass Bayern klimaneutral werden soll. Ob man dafür 2040, 2045 oder ein anderes Jahr als Zielmarke setzt, kann man selbstverständlich diskutieren.

Demgegenüber kann man nicht darüber diskutieren, den Klimaschutz und die Energiewende komplett aufzugeben. Da gibt es keine Diskussion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Staatsministers Dr. Fabian Mehring)

Ich fasse mich kurz – Sie können dann über Dinge nachdenken, die vielleicht sinnvoller sind –: Wir von den FREIEN WÄHLERN werden diesen Gesetzentwurf selbstverständlich ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Zierer, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu hat wiederum der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Zierer, es war jetzt ein wenig kurz, und ich muss nachfragen, weil die Kommunikation der Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herrn Aiwangers manchmal nicht gleich ist. Sie haben gemerkt, dass wir nicht der Meinung sind, dass dieser CO₂-Ausstoß – unabhängig davon, ob das jetzt auf das Klima einen Einfluss hat oder nicht – vernachlässigbar ist. Wie ist Ihre Position dazu?

Ich kann mich erinnern, dass Herr Aiwanger im Wirtschaftsausschuss den menschengemachten Klimawandel über das CO₂ zumindest infrage gestellt hat. Jetzt verraten Sie mir, ob Sie, die FREIEN WÄHLER, glauben, dass es etwas bringt, wenn das kleine Bayern oder das kleine Deutschland seinen CO₂-Ausstoß deutlich verringert. Hat das für das Weltklima eine Folge? Ja oder nein?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich würde das etwas bringen. Herr Kollege, Sie kennen den Spruch: "Der stete Tropfen höhlt den Stein", und wenn wir Ihren Tropfen noch dazugeben, dann geht es ein wenig schneller. Dann halten wir uns auch nicht mit Dingen auf, die sinnlos und nutzlos sind, und wir halten uns nicht mit Anträgen auf, die uns Lebenszeit stehlen und für das Klima, für Bayern, für unsere Industrie und für das Gewerbe nichts bringen.

Wenn Sie mit Wirtschaftsführern sprechen, werden Sie feststellen, dass sie genau das vertreten, was wir sagen: machtvoll voranschreiten, klare Linien definieren und

einhalten, klare Ziele definieren und dann auch dabei bleiben, ständig dazulernen und besser werden. Wir machen das; ihr habt diesen Weg noch vor euch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Anna Rasehorn (SPD): Wir üben es noch einmal. – Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen!

(Lachen bei der AfD)

– Ja, wir wissen es. – Erneut stiehlt uns die AfD Lebenszeit; denn Sie möchten jetzt das Klimaschutzgesetz nicht wie bei den letzten Versuchen kleinteilig verändern; nein, Sie wollen es einfach ganz abschaffen und beweisen wieder einmal, dass Sie wirtschaftlich kurzsichtig und sozial ungerecht sind.

Unser Ausschussvorsitzender hat es schon gut ausgeführt. Wir wollen bis 2040 klimaneutral werden. Das ist eine wichtige Aufgabe, wobei man hier auch fragen kann: Söder hat das Ziel ja infrage gestellt. Glauber hat gesagt, wir schaffen es, bis 2040 klimaneutral zu werden. Mich würde schon interessieren, was wir jetzt eigentlich wollen.

Wir sehen es jedes Jahr, auch wenn Sie es infrage stellen. Ich hatte ja ein bisschen gehofft, dass Sie mit dem Weggang von Herrn Hahn zumindest einmal Wetter und Klima auseinanderhalten können. Aber auch jetzt schaffen Sie es nach wie vor, vor den Dürren, die wir haben, vor dem Hochwasser, das wir haben, immer noch die Augen zu verschließen und zu sagen, dass wir keinen Klimawandel haben.

Stattdessen müssen wir doch eigentlich unsere Hausaufgaben machen. Wir wissen, dass wir 2023 83,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente ausgestoßen haben. Da können wir uns übrigens ein bisschen auf die Schulter klopfen: Das waren 3,4 % weniger

als letztes Jahr. Aber wir stehen erst am Anfang, und wir wissen, dass ein Drittel dieser CO₂-Äquivalente, die wir ausstoßen, über den Verkehr zustande kommen.

Studien legen nahe, dass da, wo schlechte Infrastruktur vorherrscht, leider auch braun-blau gewählt wird. Das heißt, auch aus einem Demokratiedanken heraus sollten wir von den 500 Milliarden Euro, die wir jetzt vom Bund frei zur Verfügung haben, so viel wie möglich nach Bayern holen, um die Infrastruktur voranzubringen und um auch hier etwas für das Klima tun zu können.

Sie haben vorhin in einem Punkt gesagt, alle anderen Länder machten sich auf andere Wege; das sei das Ende des Abendlandes. – Ich weiß, Sie interessieren sich nicht für unsere Industrie. Aber wir demokratischen Fraktionen gehen in die Industrie und in dieses Gewerbe. MAN hat uns zum Beispiel letzte Woche sehr klar gesagt, die Technologie ist da, sie ist reif. Sie gehen da auch gerne an den Markt; aber sie brauchen klare Ansagen, dass wir in erneuerbare Energien investieren wollen. Das heißt: "Made in Bavaria", wir sind schon da, unsere Technologien sind schon da. Wir müssen das Pferd auf den Weg bringen, und da muss es auch ein klares Bekenntnis der Politik geben.

Lasst uns deswegen weiterhin an dem Klimaschutzgesetz festhalten, lasst uns weiter dafür kämpfen. Dass Sie da einfach ein totes Pferd reiten, wissen wir. Deswegen lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4699 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-

Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.